Monatsweiser

der Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten Oberschlesiens (D. H. V.)

Nummer 11	Kattowitz, den 1. November 1934.	9. Jahrgang

Wirtschaftsverständigung.

Die polnisch-deutsche Wirtschaftsvereinbarung.

Aufgrund der Autarkiebestrebungen einzelner Länder und der hiermit verbundenen wirtschaftlichen Abschnürungen gegenüber andern Staaten kann wohl kaum damit gerechnet werden, daß die zum Schutze der eigenen Wirtschaft errichteten Zollmauern in Kürze fallen werden. Die Hoffnungen auf eine baldige internationale Wirtschaftsverständigung entbehren z. Zt. noch jeder Grundlage. Daher muß jede Verständigung zweier Völker, die wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, freudig begrüßt werden als ein Bestreben, die gegenseitigen, bisher gespannten Wirtschaftsbeziehungen zu entspannen.

Wir deutschen Angestellten in Polnisch-Oberschlesien begrüßen jeden Versuch einer wirtschaftlichen Annäherung Polens mit dem deutschen Reiche insbesondere, weil wir hieran die durchaus berechtigten Hoffnungen knüpfen, daß einer wirtschaftlichen Verständigung endlich auch eine politische Verständigung folgen wird. Aufgrund von Verhandlungen zwischen den beiden benachbarten Völkern ist nach einem jahrelangen Handelskrieg ein vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen und somit eine wirtschaftliche Verständigung geschaffen worden.

In den letzten Wochen haben in Warschau zwischen der polnischen und der deutschen Regierung Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden, die deutscherseits von dem deutschen Gesandten, Herrn v. Moltke, polnischerseits von dem Direktor im polnischen Handelsministerium, Herrn v. Sokolowski geleitet wurden. Diese Verhandlungen hatten eine **Ausweitung des deutsch-polnischen Warenaustausches zum Ziele.** Sie haben am 6. Oktober zur Paraphierung einer Vereinbarung geführt. Die Grundlage der Verhandlungen bildeten die Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Landwirtschaft, die im Frühjahr dieses Jahres in Warschau und Berlin stattgefunden hatten und in denen die Möglichkeit des Bezuges bestimmter polnischer Erzeugnisse geprüft worden war. Während der jetzt geführten Wirtschaftsverhandlungen stand die Frage der Gegenleistungen Polens auf dem Gebiete der Wareneinfuhr aus Deutschland für die deutsche Bereitschaft, polnische land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere Gänse, Eier, Butter und Holz abzunehmen, im Vordergrund. Diese Gegenleistungen umfassen eine Anzahl Kontingente für deutsche Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse, wobei durch die polnische Regierung für einige dieser Waren die meistbegünstigten Vertragszollsätze zugestanden werden. Um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der derzeitigen deutschen Devisenlage ergeben, ist vereinbart worden, **daß die Ein- und Ausfuhr der beiderseits in die Vereinbarung aufgenommenen Waren sich auf dem Wege privater Verrechnung vollziehen soll.** Auf polnischer Seite wird die Abwicklung der Zahlungen durch die polnische Kompensations-Handelsgesellschaft, auf deutscher Seite durch den eingetragenen Verein „Deutsch-polnische Handelskammer e. V." Breslau – Berlin, vorgenommen werden. Durch die Entsendung eines Vertreters der Handelskammer nach Warschau wird eine reibungslose Zusammenarbeit der beiden Stellen sichergestellt.

Als einen weiteren Schritt zur wirtschaftlichen Verständigung zwischen Polen und Deutschland kann man die am Mittwoch, den 24. Oktober stattgefundene, vom Präsidenten der deutsch-polnischen Handelskammer Hettmer in Breslau einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung ansehen. In einer Ansprache führte der Präsident u. a. aus: Der Grund für die Einberufung der Versammlung ergab sich aus dem vor kurzem zwischen der deutschen und der polnischen Regierung abgeschlossenen Kompensationsvertrag. Dieser Vertrag bedeutet für beide Länder einen praktischen Schritt zur Wiederherstellung freundschaftlich-wirtschaftlicher Beziehungen, für die das deutsch-polnische Wirtschaftsprotokoll vom 7. März d. Js. und die damit gegebene Einstellung des Wirtschaftskrieges zwischen den beiden Ländern Vorläufer gewesen sind. Man habe richtig erkannt, daß eine Basis des Vertrauens beiderseitigen Verständigungswillens geschaffen werden müsse. Nachdem dieses Ziel erreicht sei, würde an die praktische Durchführung der beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen herangegangen.

Das Kompensationsabkommen war nicht nur ein geeigneter Anfang der deutsch-polnischen Beziehungen, sondern wies auf die Möglichkeit hin, daß man die internationalen freundschaftlichen Beziehungen auf eine feste Grundlage stellen kann, soweit der gute Wille zu einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen den Nationen besteht.

Das deutsch-polnische Abkommen zeigt die Möglichkeit, mit neuen Mitteln auf neuen Wegen der Schrumpfung des internationalen Warenaustausches wirksam entgegenzutreten.

Somit sei der Wert des deutsch-polnischen Abkommens nicht allein in den Vorzugszöllen usw. zu sehen, sondern auch in der Tatsache, daß hier ein neues Beispiel gegeben wurde.

Präsident Hettmer sagte weiter, daß es einen besonders schönen Erfolg bedeutet, daß die deutsch-polnische Handelskammer von der Regierung beauftragt wurde, als ihre Vertrauensstelle tätig zu sein und die Brücke zu schlagen zur polnischen Kompensationshandelsgesellschaft, der Verbindungsstelle der polnischen Regierung. Die Kammer müsse alles daran setzen, sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen und die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Auf der Linie

der letzten Entwicklung erscheine es angezeigt, den neuen Erfordernissen auch rein äußerlich Rechnung zu tragen und den Namen der deutsch-polnischen Handelskammer zu ändern in „Deutsche Handelskammer für Polen.“

Ueber die Einzelheiten der Mitarbeit der deutsch-polnischen Handelskammer bei der Abwicklung des deutsch-polnischen Kompensationsabkommens berichtete der Vizepräsident der Kammer, Freiherr von Gregory. Nach einem einleitenden Bericht über die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Abkommens äußerte er sich über die technische Durchführung. Zur Wahrnehmung der der Kammer durch das deutsch-polnische Abkommen zufallenden Aufgaben wird **ein ständiger Beauftragter nach Warschau entsandt.**

Außerdem ist ein Vertreter der Kammer in die neugegründete Geschäftsstelle der polnischen Kompensations-Handelsgesellschaft in Berlin eingetreten. Zum Schluß teilte Freiherr von Gregory mit, daß die Kammer in Zukunft auch außerhalb des offiziellen Kompensationsabkommens die **Vermittlung privater Kompensationsgeschäfte** übernehmen werde. Hierfür ist geplant, bei der Zweigstelle der deutsch-polnischen Handelskammer in Berlin NW. 5, Dorotheenstraße 11 eine Kompensationsabteilung einzurichten.

Es ist anzunehmen, daß nach jahrelangem Zollkrieg durch den Abschluß des Kompensationsabkommens ein lebhafterer Warenaustausch einsetzen wird, der sich auf die Handelsbilanz beider Länder günstig auswirken wird. Zwangsläufig müßte dieser wirtschaftlichen Verständigung auch eine Entspannung der politischen Verhältnisse folgen. Seit Jahren schon warten die deutschen Angestellten Poln.-Oberschlesiens auf den Zeitpunkt, der ihnen die durch Verfassung und internationale Verträge anerkannten Lebensrechte garantieren soll. Aber gerade die Ereignisse der letzten Zeit, die Massenentlassungen deutscher Angestellten ohne irgend einen Grund und die erneuten Massenkündigungen haben uns bewiesen, daß wir von diesem Zeitpunkt noch sehr weit entfernt sind. Wir können und werden auf unsere selbstverständlichen Rechte aber nicht verzichten, bis dem Unfug endgültig gesteuert wird und sich überall die Erkenntnis Bahn brechen wird, daß wir auch als polnische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit Anspruch auf gleiche Rechte besitzen.

Das endgültige Ergebnis der Abstimmung.

Die Angestellten einmütig gegen die geplante Sozialreform.

Das Komitee für die Durchführung der Abstimmung zur geplanten Sozialreform hat die Zählung der abgegebenen Stimmkarten vorgenommen. Danach haben sich von den in der Angestelltenversicherungsanstalt Chorzow registrierten 23500 Angestellten 20146 an der Abstimmung beteiligt, bezw. 86%. Der Appell an die Angestellten, zu der beabsichtigten Reform der Sozialversicherung Stellung zu nehmen, ist somit nicht umsonst erfolgt.

Zu den einzelnen Fragen der Stimmkarten nahmen die Angestellten wie folgt Stellung:

Auf die **erste** Frage: Ist die Beibehaltung der Selbstverwaltung für die ordnungsgemäße Verwaltung der Sozialversicherung unumgänglich notwendig? antworteten 19829 Angestellte mit ja, dagegen waren 268, während sich 33 der Stimmen enthielten; 16 Stimmen waren ungültig.

Die **zweite** Frage lautete: Ist die Beibehaltung der Selbständigkeit der Angestelltenversicherung erforderlich? Hierauf antworteten 19955 Angestellte mit ja, dagegen stimmten 159 Angestellte, 22 enthielten sich der Stimme und 10 Stimmen waren ungültig.

Zur **dritten** Frage: Ist die Herabsetzung der Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung auf Kosten einer Kürzung der Rentenleistungen erwünscht? äußerten sich 19880 Angestellte mit nein, 207 mit ja, 23 enthielten sich der Stimme und 36 waren ungültig.

Die **vierte** Frage: Ist eine weitere Einschränkung der Krankenhilfe für die Versicherten und deren Familienangehörige vom sozialen Standpunkt aus begründet? wurde von 19922 Angestellten verneint. 190 Angestellte antworteten mit ja, 18 enthielten sich der Stimme und 16 Stimmen waren ungültig.

Auf die **fünfte** Frage: Ist die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 65 Lebensjahre auf 55 Lebensjahre herabzusetzen? antworteten 20008 Angestellte mit ja, 59 waren dagegen, 17 enthielten sich der Stimme und 49 waren ungültig.

Die Angestellten haben, wie nicht anders zu erwarten war, durch ihre Stellungnahme ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Reform, die sich zu ihrem Schaden auswirken könnte, grundsätzlich ablehnen. Damit dürfte auch den Kreisen, die dauernd über allzu hohe „Soziallasten“ klagen und seit langem eine Änderung der sozialen Gesetzgebung anstreben, klar geworden sein, daß alle Bemühungen an dem einmütigen Willen der Angestellten scheitern müssen. Aber auch der Regierung müssen die Abstimmungsergebnisse zu denken geben. Sie wird nicht umhin können, alle Versuche, die auf eine Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung hinauslaufen, in Zukunft abzulehnen.

Die Abstimmungsergebnisse im gesamten Bereich der Republik Polen ergaben dasselbe Bild wie in Oberschlesien. Fast einstimmig haben sich die Angestellten für die Beibehaltung der Selbstverwaltung, sowie für die Selbständigkeit der Angestelltenversicherung ausgesprochen. Die Herabsetzung der Beiträge auf Kosten der Rentenleistungen und die weitere Einschränkung der Krankenhilfe wurde allgemein abgelehnt; für die Herabsetzung der Altersgrenze traten mit ganz wenigen Ausnahmen alle Angestellten ein. Anläßlich der Bekanntgabe des offiziellen Ergebnisses in Warschau am 19. Oktober erklärte der Präses der „Unja“ (Vereinigung der polnischen Angestelltengewerkschaften) vor den anwesenden Vertretern der Berufsverbände, daß der Minister für soziale Fürsorge auf dem Standpunkt der Erhaltung der Selbständigkeit der Angestelltenversicherung stehe. Dennoch dürfe man sich aber nicht verhehlen, daß die Gefahr einer Vereinigung sämtlicher Versicherungen in einer Zentralorganisation weiter bestehe. Im gegenwärtigen Augenblick bleiben Leistungen und Beiträge noch unverändert, was man unter den gegenwärtigen Verhältnissen immerhin als Erfolg buchen müsse.

Im Gegensatz zu den obigen Erklärungen des Präses der „Unja“ sind wir nicht so optimistisch gestimmt. Gerade in den letzten Tagen brachte die Presse die Nachricht, daß die Frage einer Reform der Sozialversicherung bereits entschieden sein soll. Nach den spärlichen Meldungen der Presse soll regierungsseitig ein Projekt über die Reform der Sozialversicherung bereits bestehen. Demnach sollen alle Sozialversicherungsanstalten zu einer einzigen Organisation vereinigt werden, wodurch in einem Jahre 10 Millionen zloty an Verwaltungskosten eingespart werden sollen.

Wenn eine Reform der Sozialversicherung nur zu dem Zweck beabsichtigt ist, die Verwaltungsunkosten zu vermindern, ohne die Leistungen der Versicherten zu schmälern, so wird dagegen wohl kaum etwas einzuwenden sein. Dies scheint aber nach den Pressemeldungen durchaus nicht der Fall zu sein. Es sollen nämlich alle Angestellten mit einem Einkommen von über 720 zloty aus der Angestelltenversicherung ausgeschlossen werden. Ferner sollen auch Aenderungen in der Krankenversicherung eintreten. Die Angestellten und Beamten von Selbstverwaltungen sollen aus der Krankenversicherung ausscheiden und sollen eigene Krankenkassen gründen. Von der Versicherungspflicht sollen auch befreit werden die Angehörigen von Handwerkern.

Allein die Mitteilung über die Vereinigung aller Sozialversicherungen läßt berechtigte Befürchtungen für die Zukunft aufkommen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns außerordentlich pessimistisch gestimmt. Einer Reform verwaltungstechnischer Art könnte sehr wohl bald eine andere folgen, die eine Verschlechterung der Sachleistungen zur Folge haben könnte. Darum verwahren wir uns grundsätzlich gegen eine Reform, die ohne Einverständnis der versicherten Angestellten erfolgt. Für uns kann es keine andere Reform geben, als nur die: **Nicht Abbau der sozialen Leistungen, sondern Ausbau derselben!**

Die Angestelltenversicherungsanstalt als Eigentümerin von Wohnhäusern.

Die Angestelltenversicherung, die in den Jahren guter Konjunktur große Geldreserven aufsparen konnte, hat durch den Bau von Wohnhäusern erheblich dazu beigetragen, daß einerseits die große Wohnungsnot behoben wurde und andererseits eine gewisse Entspannung auf dem Baumarkt eintrat. Man kann behaupten, daß die Angestellten-Versicherungsanstalt im Bau von Wohnhäusern, vornehmlich in den Jahren 1929 bis 1933 führend gewesen ist. Die Versicherungsanstalt ist durch den Erwerb von Häusern an eine der ersten Stellen unter den Hausbesitzern Oberschlesiens gerückt. Am Anfang des Jahres 1933 besaß die Angestelltenversicherung folgende Wohnbauten:

In Kattowitz 6 einstöckige Häuser und 1 zweistöckiges Haus mit 33 Wohnungen. Hiervon sind 2 Fünfzimmer-, 16 Vierzimmer-, 8 Dreizimmer- und 3 Einzimmerwohnungen. Ferner besitzt die Angestelltenversicherung 10 dreistöckige Häuser mit 88 Wohnungen und zwar: 3 Vierzimmer-, 33 Dreizimmer-, 51 Zweizimmerwohnungen und 1 Einzimmerwohnung; außerdem 5 dreistöckige Häuser mit 29 Wohnungen, von denen 23 Zweizimmer- und 6 Dreizimmerwohnungen sind, 14 vierstöckige Häuser mit 133 Wohnungen, und zwar: 5 Vierzimmer-, 122 Zweizimmer- und 6 Einzimmerwohnungen.

In Chorzow 1 dreistöckiges Wohnhaus mit 7 Dreizimmerwohnungen, 1 Zweizimmerwohnung mit Küche und Beigelaß, sowie 7 Giebelwohnungen für ledige Angestellte.

Die Bautätigkeit der Angestelltenversicherung erstreckte sich aber auch auf die Bezirke Sosnowitz und Bendzin. So entstanden:

In Sosnowitz 10 Neubauten mit 122 Wohnungen und zwar: 10 Dreizimmer-, 96 Zweizimmer-, 2 Einzimmerwohnungen und 14 Zimmern für Ledige. Im Bendziner Gebiet baute die Angestelltenversicherung 25 Häuser in der Kolonie Krzyzowka und 20 Häuser in der Kolonie Kasimierz. Diese Häuser sind vornehmlich für die Arbeiter der umliegenden Gruben gebaut worden. Die sonstigen, der Angestellten-Versicherung gehörenden Wohnungen sind in erster Linie den Mitgliedern der Angestelltenversicherung vorbehalten und diese werden daher bei der Vergebung leerstehender Wohnungen zunächst berücksichtigt. Nur dann, wenn die nötige Anzahl von Bewerbern nicht vorhanden ist, werden die Wohnungen auch an Nichtmitglieder vermietet.

Die Angestelltenverbände standen den Bemühungen der Angestelltenversicherungsanstalt, der großen Wohnungsnot energisch durch den Bau neuer Wohnungen zu steuern, durchaus sympathisch gegenüber. Allerdings muß festgestellt werden, daß die Wohnungen zu teuer gebaut wurden, sodaß ein großer Teil der Angestellten garnicht in der Lage war, die angebotenen Wohnungen zu einem derart hohen Mietssatz zu beziehen. Der Mietszins beträgt nämlich in Kattowitz für eine Einzimmerwohnung 70—85 zl., für eine Zweizimmerwohnung 100—150 zl. für die Dreizimmerwohnung 120—190 zl. und für die Vierzimmerwohnung 200—260 zl. In Sosnowitz ist dagegen die Miete bedeutend billiger. Dort zahlt man für die Einzimmerwohnung 45—50 zl., Zweizimmerwohnung 70—90 zl. und für die Dreizimmerwohnung 100—130 zloty. Seit dem Jahre 1930 sind die Gehälter der Angestellten jedoch stark reduziert worden. Wenn auch in der Zwischenzeit die Mieten von der Angestelltenversicherung (aufgrund einer von den Bewohnern dieser Häuser durchgeführten Klage) ermäßigt wurden, so stehen doch die heutigen Mietssätze in keinem Verhältnis zu dem Einkommen der Angestellten. Daher haben es bereits viele Mieter vorgezogen, diese Wohnungen zu verlassen, um neugebaute Wohnungen im Umkreise von Kattowitz, in Ochojetz, Petrowitz, Panewnik und Hohenlohehütte, die weit billiger sind, zu beziehen. Die hierdurch freigewordenen Wohnungen der Angestelltenversicherung sind daher zum größten Teil von Nichtmitgliedern bewohnt, unter denen sich (insbesondere in Sosnowitz) viele Juden befinden. Die Angestelltenversicherung vermietet die freigewordenen Wohnungen durchaus nicht gern an Juden, da sie nicht sonderlich sauber sind und auch nicht sehr sorgsam mit der Wohnung umgehen, doch leer dürfen diese Wohnungen auf die Dauer nicht bleiben. Trotzdem sind in Sosnowitz 17 Wohnungen noch nicht bezogen. Eine andere, vernünftigere Mietszinspolitik würde hierin einen Wandel schaffen.

Warum unter den Angestellten so wenig Neigung besteht, die Wohnungen der Angestelltenversicherung, die doch allen modernen und hygienischen Anforderungen durchaus genügen, zu beziehen, ist darauf zurückzuführen, daß die Angestelltenversicherung von ihren Mietern Kautionen verlangt, die einer Halbjahrsmiete gleichkommen. Der Angestellte, der aufgrund der starken Gehaltskürzungen der letzten Jahre und mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Gehaltsabzüge keine Ersparnisse machen konnte, ist garnicht in der Lage, eine solch' hohe Kaution, die immerhin 600—1000 zl. beträgt, aufzubringen. Er muß sich darum mit jeder anderen, wenn auch weniger guten Wohnung zufrieden geben, während Nichtmitglieder sich des Besitzes einer guten Wohnung erfreuen dürfen. Vor kurzem erst brachte die Tagespresse eine Meldung, daß nach einem Bericht der Angestelltenversicherungsanstalt in Warschau die Gehälter der Angestellten aufgrund der eingehenden Einkommenserklärungen bereits um 45 Prozent gesunken sind.

Daraus müßte also die Angestelltenversicherung bei der Regelung der Wohnungsmieten zunächst die notwendigen Folgerungen ziehen und die Mieten um mindestens 45 Prozent ermäßigen. Die Wohnungen, die aus Mitteln der versicherten Angestellten gebaut worden sind, müßten in erster Linie den Angestellten wieder zugutekommen! Das ist unsere Forderung als Vertreter unserer versicherten Mitglieder.

Die Knappschaft finanziell gefährdet.

Weitere Leistungskürzungen bevorstehend.

Vor einigen Wochen wurden die Renten- und Unterstützungsbezieher der Knappschaft aufgefordert, Angaben zu machen über die Höhe ihrer Bezüge. Insbesondere sollten die Rentenbezieher angeben, ob sie vonseiten der Angestelltenversicherung bezw. von der Unfall- und Invalidenversicherung eine Pension erhalten. Diese Aufforderung der Knappschaft löste unter den Rentnern verständlicherweise große Unruhe aus, da bisher immer einer beabsichtigten Leistungskürzung derartige Anfragen vorausgingen. Leider haben sich diese Vermutungen bestätigt. Durch die andauernde Krise in den Bergwerksunternehmungen haben sich die finanziellen Verhältnisse in der Knappschaft derart verschlechtert, daß wiederum eine Kürzung der Leistungen als letzter Ausweg erwogen wird.

Am 11. November d. Js. findet in Tarnowitz eine Sitzung der Knappschaftsältesten statt, um zu der kritischen Lage Stellung zu nehmen. Die finanziellen Verhältnisse der Pensionskasse sind unhaltbar geworden, denn das Defizit dürfte bis Ende d. Js. bis auf einen Betrag von 5 Millionen Zl. angewachsen sein. Etwas besser ist die Knappschafts-Krankenkasse dran, doch ist auch hier eine absteigende Kurve der Einnahmen bei steigenden Ausgaben festzustellen, da die Anzahl der Mitglieder dauernd fällt. Sofern nicht von außen Unterstützung kommt, ist unter Umständen eine weitere Kürzung der Leistungen, insbesondere der Renten, nicht ausgeschlossen. Gegenwärtig ist die Lage so, daß 46000 zahlenden Mitgliedern ungefähr 57000 Unterstützungs- und Rentenempfänger gegenüberstehen. Es ist außerordentlich tragisch, daß immer die wirtschaftlich Schwächsten betroffen werden. Die Knappschaft hat bereits zweimal eine Rentenkürzung durchgeführt, sodaß bei einer nochmaligen Kürzung den Rentnern, die jahrzehntelang ihre Beiträge entrichteten, wohl nicht mehr allzuviel übrig bleiben wird. Hier müßte die Regierung eingreifen, um dieses drohende Unheil abzuwehren.

Achtung! Sehr wichtig!



Die pünktliche Zustellung der Zeitschriften ist nur gewährleistet, wenn jede Anschriften- und Firmenänderung der zuständigen Zahlstelle oder unserer Geschäftsstelle gemeldet wird. Beschwerden über die Nichtzustellung der Zeitschriften nehmen unsere Ortsgruppen und die Geschäftsstelle entgegen. Für sofortige Abstellung der Mängel wird Sorge getragen.

Ausländisches Aktienkapital in Polen.

Das „Kleine Jahrbuch für das Jahr 1934", herausgegeben vom Warschauer Hauptamt für Statistik enthält eine interessante Zusammenstellung über den Anteil des Auslandskapitals an den Aktienunternehmungen in Polen. Die Angaben beziehen sich auf den Stand des Jahres 1933. Sie sind ziemlich ausführlich gehalten und gestatten daher, interessante Schlüsse zu ziehen; sie geben eingehenden Aufschluß über die Höhe sowohl, als auch über den prozentualen Anteil ausländischen Kapitals unter Berücksichtigung der verschiedenen Industriezweige.

Danach besitzt Polen gegenwärtig 1266 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 4273 Millionen zloty. Hiervon verfügen 463 Gesellschaften über ein gemischtes, d. h. teils polnisches, teils ausländisches Kapital in Höhe von 2943 Mill. zloty. Das bedeutet ca. **70 Prozent des Kapitals** aller Aktien-Gesellschaften, oder **36 Prozent entsprechend der Anzahl derselben.** Das eigentliche Auslandskapital dieser Gesellschaften beträgt 1845 Millionen zloty. Das bedeutet, daß von den Gesamtkapitalien der Aktiengesellschaften in Polen 43,2 Prozent reines Auslandskapital sind. Es fehlt kaum ein Industriezweig, in welchem nicht in irgendeiner Form ausländisches Kapital investiert ist. Darunter gibt es verschiedene Industriezweige, in denen das Auslandskapital überragenden Einfluß besitzt. So haben von den 14 Aktiengesellschaften der polnischen Hüttenindustrie nur 3 Gesellschaften Inlandskapital, dagegen 11 Aktiengesellschaften auch Auslandskapital. Von der Gesamtsumme dieser Kapitalien, die sich auf 617 Millionen zloty belaufen, sind 554 Millionen d. h 90 Prozent fremde Kapitalien und nur 63 Millionen polnisches Kapital.

Ein anderer Zweig des Wirtschaftslebens, der fast gänzlich unter fremden Einfluß steht, sind die Gas- und Elektrizitätswerke. Von den 21 Werken dieser Art sind nur 4 mit inländischem Kapital ausgestattet. Von einer Kapitalsumme von 195 Millionen zloty in dieser Gruppe entfallen 152 Millionen zloty, also fast 78 Prozent auf ausländische Beteiligungen.

Im Bergbau arbeiten 53 Aktienunternehmungen, von denen 40 ausländisches Kapital besitzen. Auf 698 Millionen Aktienkapital in Bergbauunternehmungen entfallen 430 Mill. zloty oder 62 Prozent auf fremde Beteiligung.

Die chemische Industrie weist bei einem Aktienkapital von insgesamt 287 Millionen zloty eine fremde Beteiligung mit 162 Millionen zloty, bezw. 62 Prozent auf, sodaß mehr als die Hälfte der Unternehmungen dieses Industriezweiges unter ausländischem Einfluß steht.

In der Maschinen- und Elektroindustrie, sowie in den Verkehrs- und Transportunternehmungen Polens stellt der Anteil ausländischen Kapitals 61 Prozent dar. Am geringsten ist der ausländische Kapitaleinfluß in der polnischen Textilindustrie. In den übrigen Industriezweigen Polens beträgt die fremde Beteiligung durchschnittlich 17 Prozent.

Nach den Angaben des Warschauer Statistischen Hauptamtes herrscht also das ausländische Aktienkapital unumstritten vor im Hüttenwesen, den Gas- und Elektrizitätswerken, im Bergbau und in der chemischen Industrie. Angaben über die Herkunft des Auslandskapitals finden sich in dieser Veröffentlichung leider nicht.

Der Kaufmann im Berufe.

Kosten sparen, eine Kunst!

Die Kostenstatistik bildet eine geeignete Grundlage, um die Angemessenheit von Betriebsausgaben untersuchen und Ersparnismöglichkeiten feststellen zu können. Deshalb hat gerade in den letzten Jahren die betriebswirtschaftliche Statistik und besonders die Kostenstatistik wachsende Verbreitung gefunden. Aus der Kostenstatistik ist meist zunächst nur zu ersehen, ob und wie sich die Kosten im Verhältnis zu den Umsatzzahlen oder zu dem sonst gewählten Vergleichsmaßstab geändert haben. Die Zahlen für die Kostenstatistik ergeben sich vielfach unmittelbar aus der Buchführung; in anderen Fällen ist es jedoch notwendig, die Konten noch weiter zu zergliedern, als dies schon für die Zweke der Buchführung geschehen ist. Auf jeden Fall muß dafür gesorgt werden, daß weitgehende Einzelheiten für die richtige Disposition zur Verfügung stehen. Die Kosten werden daher von vornherein weitgehend unterteilt, zum Beispiel in: Geldkosten (Bankzinsen und -provisionen, Lieferantenzinsen, Diskontspesen, Wechselstempel, Kassendifferenzen) und Werbungskosten (Vertreterprovision, Inserate, Drucksachen, Aufwandsspesen, Verschiedenes). Eine eingehende Untersuchung der monatlichen Veränderungen, die die Statistik in den einzelnen Posten ausweist, wird oft Ersparnismöglichkeiten erkennen lassen, oder, was im Erfolg auf dasselbe hinauskommt, Verlustquellen schließen helfen.

Die auf Senkung der Geschäftskosten zielende Arbeit sollte nicht unterschätzt werden; sie ist ebenso wichtig wie das ständige Augenmerk auf die Liquidität oder eine vorsichtige Kreditpolitik. Nun ist das Sparen im Betriebe zwar theoretisch meist eine leichte Sache. Sparen kann man an persönlichen und sachlichen Kosten, möglichst aber an beiden. Will man aber diese schönen Theorien nun in der Praxis durchführen, so stößt man auf ungeahnte Schwierigkeiten. Zunächst taucht die Frage auf, wer denn die beschlossenen Organisationsänderungen durchführen solle. Verfügt der Betrieb selbst über modern denkende, ausreichend geschulte Mitarbeiter, die genügend Energie und Autorität besitzen, um sich gegenüber einem vielleicht wachsenden Widerstand durchzusetzen? Oder empfiehlt es sich, einen betriebsfremden Organisator hinzuzuziehen, der sich erst einarbeiten muß? Denn auch der Organisator darf ja nicht einfach die ihm bekannten Organisationseinrichtungen anderer Unternehmungen nachahmen, da es von der Größe und Arbeitsweise des einzelnen Betriebes abhängt, welche Maßnahmen angemessen erscheinen. Auch können es vielleicht die beschränkten Mittel verbieten, Maschinen anzuschaffen, die zweckmäßiger sind als die bisher im Betriebe verwendeten. Auch ist bekanntlich vor der Anschaffung von Maschinen zu erwägen, ob nicht dadurch eine Minderbeschäftigung der Arbeitnehmer bewirkt wird. Es sind vor allem soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, heute mehr als je. Auch kleine Betriebsvereinfachungen sind durchaus lohnend, falls der Betrieb an sich so neuzeitlich aufgezogen ist, daß sich größere Ersparnismöglichkeiten nicht mehr finden. Hinsichtlich des wirtschaftlichen Arbeitens ist in Groß- und Kleinbetrieben noch nicht das letzte Wort gesprochen. Deshalb tut man gut, die Frage der Senkung der Geschäftskosten, selbst wenn man sie bereits als gelöst empfindet, immer noch einmal zu prüfen. Denn stets wird man wieder auf neue Möglichkeiten zu ihrer Beantwortung stoßen.

Da ist die Frage: „Entspricht die Buchführung den heutigen Ansprüchen?" Diese Frage muß verneint werden, wenn man sich immer noch mit riesigen Folianten als Kontokorrent abquält und andere veraltete Bücher führt. Ohne Führung einer neuzeitlichen Mahnkartei ist es nicht möglich, den Außenständen die genügende Aufmerksamkeit zu widmen. Werden in Ihrem Betriebe Monatsbilanzen aufgestellt? Ohne diese ist es nicht möglich, richtig zu disponieren und die Geschäftskosten auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Vor allem muß eine genaue Unkostenstatistik, die monatlich aufschlußreiche Uebersichten gewährt, geführt werden. So wird es möglich sein, das eine oder andere Konto, das in letzter Zeit etwa besonders angewachsen ist, zu entlasten. Bei vielen Unternehmungen kann an den Aufwandsspesen gespart werden. Besonders im argen liegt oft die Altstoff- und Abfallverwertung. In unserer Zeit der Rohstoffknappheit verdient dieses Gebiet besondere Beachtung. Altpapier sollte verkauft und nicht verbrannt werden. Prüfen Sie auch einmal die Kosten der Autounterhaltung! Der Benzinverbrauch muß im richtigen Verhältnis zur Kilometerzahl und zur Größe des Motors stehen. Oft werden erhebliche Portokosten aus Unkenntnis oder Gedankenlosigkeit aufgewendet. Man kann seinen Unkostenetat erheblich entlasten, wenn man beispielsweise für alle Mitteilungen, die ihrem äußeren Umfange nach kurz sind, nicht Briefe, sondern Postkarten verwendet. Ebenso läßt sich auch ausnutzen, daß die Post mehrere Pakete viel billiger befördert als ein schweres. Ferner können Schemabriefe oder Mahnungen mit verschiedenem Inhalt auf Drucksachen umgestellt werden. Dabei soll man aber vorsichtig sein. Ferngespräche sind in der Zeit von 19—8 Uhr am billigsten. Die Ersparnis gegenüber der sonstigen Gebühr beträgt ein Drittel, was sich bei mehreren Gesprächen ganz schön auswirken kann. Weiter kann sich der Inhaber eines Fernsprechanschlusses die für ihn eingehenden Telegramme durch Fernsprecher zusprechen lassen. Das zugesprochene Telegramm wird dann als Brief kostenlos zugeschickt. Für ein durch Fernsprecher zugesprochenes Telegramm wird die Ortsgesprächsgebühr erhoben. Ersparnis an Wortgebühren und besondere Beschleunigung kann erzielt werden, wenn in der Anschrift nicht die Wohnung, sondern die Fernsprechanschlußnummer des Empfängers, bei mehreren Fernsprechämtern im Ort unter Angabe dieses, bezeichnet wird, z. B. Merkur 2374 — Müller u. Hansen, Berlin. Die Anschlußbezeichnung zählt ohne Rücksicht auf Länge als ein Wort. Außer dem gewöhnlichen Drucksachenversand können Massendrucksachen ohne Einzelaufschrift als sogenannte Postwurfsendungen

an bestimmte Empfängerkreise, beispielsweise an alle Hausfrauen, mit den übrigen Postsendungen zugestellt werden. Das Porto ist niedriger als Drucksachengebühr. Ferner: Verbilligte Pakete bis sieben Kilogramm als „Postgut" im Sammelladungsverkehr mit Berlin, Breslau, Chemnitz, Dresden, Dortmund, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Regensburg, Rostock, Schwerin, Stettin und Stuttgart, bei gleichzeitiger Auflieferung von mindestens fünf Sendungen nach demselben Bestimmungsort bei allen Postämtern.

Nur noch ein kurzer Hinweis: Der Tintenstift ist dazu bestimmt, in all den Fällen benutzt zu werden, wo sonst Feder und Tinte angebracht wären. In vielen Büros wird aber der Tintenstift allgemein als Schreibmittel verwendet. Auch hier kann gespart werden, denn Bleistifte kosten bedeutend weniger als Tintenstifte. Wir wollen aber nicht am falschen Ende sparen. Falsch ist es nämlich, wenn erst dann, sobald ein Kunde den Laden betritt, einige Leuchtkörper eingeschaltet und nach Fortgang des Kunden wieder ausgeschaltet werden. Dadurch wird die Kundschaft nicht gerade angelockt, und die der Beleuchtung sonst innewohnende Werbekraft kommt nicht zur Geltung.

W. K. B.

Wir prüfen unseren Kundenkreis.

Nehmen wir an, wir wollten durch unsere Reisevertreter in verschiedenen Städten unsere neuen Staubsauger einführen. Die einzelnen Stadtteile werden zur Bearbeitung durch Hausbesuche auf die einzelnen Vertreter aufgeteilt, und die Arbeit kann beginnen. Alles scheint in Ordnung zu sein. Jedoch abends, als die ersten Vertreter zurückkehren, sehen die Dinge anders aus. Mehrere Vertreter haben nicht ein Stück verkauft. Warum? Die Reisenden berichten, man habe sie in Stadtteile geschickt, in denen ein Absatz von Staubsaugern ganz unmöglich sei, da die Straßenzüge dieses Stadtteils überhaupt keine elektrischen Anschlüsse hätten. (In der Tat gibt es Mittelstädte in Landwirtschaftsgebieten, in denen auch heute der elektrische Strom noch nicht zu den Selbstverständlichkeiten gehört.) Viel Geld, Zeit und Mühe waren umsonst vertan. Was folgt daraus? Wer einen neuen Artikel einführen will, muß prüfen, ob der Markt überhaupt für diesen Artikel aufnahmefähig ist. Man muß ein bestimmtes Absatzgebiet genau untersuchen, um festzustellen, wer überhaupt als Käufer in Frage kommt. Erstens muß man sich über die mögliche Anzahl der Käufer klar sein. Hierfür genügt aber nun nicht, daß man sich mit der Einwohnerstatistik zufrieden gibt. Notwendig ist es auch, zu wissen, wie sich die Bevölkerung eines Absatzgebietes hinsichtlich Geschlecht, Altersaufbau und Berufsschichtung zusammensetzt. In kinderreichen Gegenden kann man wohl Gegenstände des Schulbedarfs anbieten, weniger aber Luxuswaren. Hat man so erst einmal rein zahlenmäßig die mögliche Zahl der Käufer festgestellt, ist weiter zu untersuchen, ob diese möglichen Käufer auch das nötige Einkommen zum Kauf des neuen Artikels besitzen. Hier läßt sich eine gewisse „Wohlhabenheit" aus der Anzahl der Fernsprechanschlüsse oder der Autos ermitteln. Auch die Kenntnis der Wohnungsgröße oder der Mietsätze kann behilflich sein. Will man zum Beispiel Autozubehörteile verkaufen, so muß man genau wissen, wieviel Autos überhaupt in dem bestimmten Bezirk laufen. Wichtig ist es weiterhin zu wissen, wie sich die Käufer zu der Ware und dem Preis einstellen. So muß man beispielsweise auch ermitteln, in welcher Einheit man die Ware auf den Markt bringen soll. Sollen es ½-kg- oder 1-kg-Packungen sein? Oder sind die Käufer gewohnt, „lose" zu kaufen? Ist man sich über diesen Punkt klar geworden, so wäre noch die Art und Farbe der Verpackung zu klären. Blau ist nach einigen psychologischen Untersuchungen eine beliebte Farbe. Für bestimmte Artikel sind sogar bestimmte Verpackungsfarben bei der Bevölkerung eingeführt. So wird Zahnpasta meistens in blau-weißen Packungen verkauft. Um die Eigenart und Einstellung des Käufers kennenzulernen, muß man auch wissen, wo er seine Bedarfsgüter kauft, ob im Fachgeschäft oder im Kaufhaus, auf der offenen Straße oder an der Tür. Oft wird nur zu wenig beachtet, wo der Kunde gewohnt ist zu kaufen. Für die einzusetzende Werbung wäre noch wesentlich zu wissen, welche Zeitungen und Zeitschriften vom erwarteten Kundenkreis gelesen werden. Schließlich muß sich die Absatzfirma auch über die Wettbewerber klar sein.

Wie beschafft man sich die nötigen Unterlagen zur „Marktanalyse", wie das scheußliche Fremdwort heißt? Aus Wirtschaftsberichten und Statistiken, die über bestimmte Bezirke herausgegeben werden, ist manchmal manches zu ersehen. Das mag ein Beispiel zeigen: Im Jahre 1926 kamen die ersten Nachkriegsgeburtenjahrgänge zur Schule. Die Neueinschulungen waren rund 40 v. H. größer als im Vorjahre. In manchen Teilen des Reiches war dies von der Schulbedarfsindustrie überhaupt nicht beachtet worden, so daß für diese Industrie die stärker einsetzende Nachfrage überraschend kam. Hätte man sich die Bevölkerungsstatistik hinsichtlich des Altersaufbaus angesehen, so hätte dies nicht vorkommen können. Von besonderer Bedeutung ist aber die persönliche Erhebung. Ein neues Aufgabengebiet des reisenden Kaufmanns entsteht dabei. Gerade der Reisende kann beim Besuch der Kundschaft feststellen, wie sich die Kundschaft eines bestimmten Bezirkes zur Einführung eines neuen Artikels stellen wird. Natürlich kann man mit der Untersuchung des Marktes auch einen unabhängigen berufsmäßigen Ermittler beauftragen. In den Vereinigten Staaten von Amerika versucht man, auf schriftlichem Wege Ermittlungen anzustellen, indem man sich durch Fragebogen an die letzten Käufer unmittelbar wendet und ihre Ansichten auf diesem Wege erfragt. Auch durch Zeitungen und Zeitschriften sucht man das gleiche Ergebnis zu erreichen. In Deutschland ist dieser Weg wegen der besonderen Einstellung des Deutschen gegen diese Methode kaum durchführbar. Einige Verlagsunternehmungen versuchen allerdings in Deutschland, auf diese Weise Unterlagen zu sammeln. Sie geben den Büchern Postkarten mit auf den Weg und bitten den Käufer in einigen kurzen Fragen um einige Angaben. Jedoch wichtig bleibt beim Fragebogen oder der Fragekarte stets, ob sie überhaupt gelesen werden. Hat man durch eine eingehende Untersuchung den Markt erkundet, so muß dann eine dauernde Marktbeobachtung einsetzen; Kundenstatistiken müssen fortlaufend geführt werden und die Konkurrenz- und Ersatzgüter dauernd aufmerksam verfolgt werden. Eine systematische und umfassende Marktuntersuchung kann wirtschaftliche Verluste und Leerläufe im Betriebe vermeiden helfen. Hat man den voraussichtlichen Absatz möglichst genau abgeschätzt, so kann man danach den Erzeugungs- und Kostenplan einstellen.

K. Z. H.

Frachtfrei und franko.

Wir machen in der Kaufmannspraxis recht häufig die Wahrnehmung, daß über die rechtliche Auslegung der Klauseln „frachtfrei" und „franko" beim Käufer und Verkäufer nicht immer völlige Klarheit herrscht. Manchmal hat man als Käufer oder Verkäufer eine von diesen Klauseln als Kalkulationsbasis angewandt, ohne sich überhaupt über das Risiko, welches bei Ausführung des Auftrages für jede Partei, je nach Zugrundelegung einer der obigen Bedingungen, entsteht, unterrichtet zu haben. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB.) ist die Uebernahme der Gefahr bei Versendung einer gekauften Ware so festgelegt worden, daß grundsätzlich die Lieferung von Waren, sobald sie auf Verlangen des Käufers geschieht, auf Gefahr des Käufers erfolgt. Aber auch diese Bestimmung unterliegt in besonders gelagerten Fällen gewissen Einschränkungen. Also nicht immer ist der Verkäufer bei Ausführung des Auftrages von jedem Transportrisiko entbunden. Beispielsweise ist es nicht der Fall, wenn der Verkäufer irgendwelche vom Käufer vorgeschriebene Anweisungen, also etwa Art der Verpackung oder Benutzung eines bestimmten Versandweges, nicht beachtet und dadurch einen Schaden der Ware oder sonstige Differenzen, die zum Nachteil des Käufers auslaufen, verursacht. Das gleiche trifft zu, wenn, abgesehen von jeder Vorschrift seitens des Käufers, die Verpackung sehr mangelhaft war, oder wenn sich der Verkäufer überhaupt bei Ausführung des Auftrages sehr unzuverlässiger Personen bedient hat. Es sind nun daneben in der kaufmännischen Praxis im Laufe der Zeit Kaufformen und Bedingungen entstanden, die das Risiko der Lieferung, gedacht ist hier zum Beispiel auch an Untergewichte, mehr oder weniger ausdehnen oder einschränken. Niedergelegt sind diese Ausführungen meistens in den Geschäftsbedingungen der einzelnen Vereine und Verbände der verschiedenen Geschäftszweige. Diese Bedingungen, die bei Zugrundelegung eines Geschäftes für beide Parteien als durchaus bindend zu betrachten sind und durch Gerichtsentscheidungen in den letzten Jahren untermauert wurden, sind es nun, die uns besonders interessieren und die zwischen den beiden Klauseln „frachtfrei" oder „franko" eine Grenze ziehen. Nach diesen Bedingungen läßt sich die Wirkung der erwähnten Klauseln folgendermaßen formulieren:

1. Frachtfrei: Der Verkäufer hat bei einem Geschäft lediglich die reine Fracht bis zur Empfangsstation zu entrichten. Sämtliche anderen Kosten, wie vor allen Dingen Versicherung, Zollgebühren, Einladungs- oder Ausladungskosten, also alle Spesen, die außer der Fracht bei der Versendung entstehen, gehen zu Lasten des Käufers. Ein oft umstrittener Punkt ist in diesem Falle auch die Frage des auf dem Transport vielleicht entstehenden Untergewichts. Da die Ware bei einem „Frachtfrei"-Geschäft völlig auf Gefahr des Käufers reist, wobei also lediglich die reine Fracht für die besondere Art des Geschäftes ausschlaggebend ist, ist auch ein etwaiges Untergewicht voll vom Käufer zu tragen; es sei denn, daß diesbezügliche besondere Vereinbarungen getroffen wurden. 2. Franko: Als besonderer Unterschied zwischen der soeben besprochenen und dieser Klausel ist festzustellen, daß das Risiko der Auftragsausführung und des Transportes vorwiegend auf seiten des Verkäufers ruht. Der Verkäufer hat demnach die Fracht, dann Versicherung und sämtliche entstehenden Spesen

bis zum Empfangsort der Ware zu bezahlen. Für die Ueberführung der Ware vom Empfangsbahnhof nach dem Lagerhaus des Käufers trägt der Verkäufer jedoch weder das Transportrisiko noch die entstehenden Spesen. Mit der Bedingung „frei Haus“ darf also die jetzt besprochene Klausel auf keinen Fall verwechselt werden. Es handelt sich also bei den in Frage stehenden beiden Klauseln lediglich um solche, die bis zum Empfangsort des Käufers in Kraft sind und nach ordnungsgemäßer Ankunft der Ware am Ablieferungsort als erfüllt betrachtet werden können. Die Frage nach dem Untergewicht ist im Gegensatz zu der vorhergehenden Erklärung so zu beantworten, daß hier der Verkäufer das volle Risiko des Untergewichtes bis zum Eintreffen am Bestimmungsort trägt. K. J. U.

In Eile.

In welcher Form kommen Ihre Briefe an?

Schlechte Werber für den Absender sind solche Briefe, die beim Oeffnen am Umschlag kleben oder beim Aufschneiden durchschnitten werden oder deren Schriftbild von der Kopiermaschine — auch heute noch — das Aussehen erhielt, als ob sie tagelang im Regen gelegen hätten, und zuletzt solche, die zerdrückt und zerknüllt in die Hände des Empfängers kommen. Das Ankleben am Umschlag wird vermieden, wenn man die Klebeleiste nicht zu sehr anfeuchtet, so daß das überschüssige, mit Klebstoff vermischte Wasser nicht auf den Briefbogen fließen kann. Briefabfertiger, die Briefe gedankenlos mit dem Knick nach oben in den Umschlag legen, so daß sie beim Oeffnen durchschnitten werden, sollten in ihrer Freizeit stundenlang durchschnittene Briefe wieder zusammenkleben müssen. Das würde sie von ihrem Fehler heilen! Kopiermaschinen oder Kopierpressen werden nur noch selten verwendet. Beim Abziehen von Briefen, die mit ganz frischen Farbbändern geschrieben sind, ist ein Verlaufen der Schrift nicht immer vermeidbar. Man sollte in solchen Fällen lieber Durchschriften auf der Schreibmaschine mittels Kohlepapiers herstellen. Wenn man aber das Abziehpapier nicht zu sehr anfeuchtet, ist die Gefahr des Verlaufens nicht so groß. Vor dem Zerknittern bewahrt man seine Briefe durch die Verwendung starker Briefumschläge. Ferner ist stets auf ordentliches Falten und Einstecken zu achten. Stichproben durch eine aufsichtführende Kraft sind in öfteren Abständen dringend notwendig.

Womit man sich in Amerika beschäftigt.

In Amerika erforscht man den Inhalt der Schubladen von Schreibmaschinentischen. Im Maiheft 1934 der Zeitschrift „The Gregg Writer, a Magazine for Secretaries, Stenographers and Typists“ wird darüber folgendes berichtet: Drei Naturforscher haben in einem Jahre mehrere Monate dazu verwandt, um in mehr als 1000 Tischkästen von Stenotypistinnen herumzuschnüffeln. Das Ergebnis dieser „Forschungs“-Arbeit ist geradezu verblüffend. Demnach sieht der Durchschnitts-Tischkasten einer amerikanischen Stenotypistin so aus: 1 Stenogrammblock, 5 abgebrochene Bleistifte, 3 Briefmarken, die nicht mehr klebten, 1 Fläschchen Nagelpolitur, 1 halbleere Dose Hustenbonbons, einige Haarnadeln, 1 leere Puderdose, 1 unvollendeter Brief an „Willi“ und 4 Briefe von „Hans“. Begleitworte sind überflüssig. In Deutschland würden wir solchen sonderbaren „Naturforschern“ ein Jahr Schwerarbeit in Oedländern empfehlen, um sie von ihrem Forscherdrang zu heilen. Eine solche Schnüffelei hat mit wissenschaftlicher Feststellungsarbeit gar nichts zu tun. Solche Spürnasen gehören lediglich jener Männerwelt der Großstadt an, die sensationslüstern mit ihren Berichten die Seiten nervös zusammengestoppelter Magazine füllen.

Ich schreibe 300 Silben.

Der Jungkaufmann von heute im Alter von achtzehn bis zweiundzwanzig Jahren klagt häufig darüber, daß gerade seine Altersstufe im Beruf stark mit männlichen und weiblichen Kräften besetzt sei. Der junge Berufskamerad hat seine Lehre beendet und ist vielleicht noch einige Zeit Gehilfe gewesen. Fragt man ihn bei einer Bewerbung: „Was können Sie?“, dann lautet die Antwort: „Alles, nämlich Buchführung, Kurzschrift, Maschineschreiben, Rechnen usw.“ Aber fragt man mal weiter: „Wie beherrschen Sie diese Fächer?“, dann hört man vielleicht die Antwort: „Ja, ich brauchte das bei meiner früheren Firma nicht ‚so‘ zu können. In meiner früheren Firma habe ich ‚alles‘ gemacht. Kurzschrift schreibe ich achtzig bis hundert Silben und Maschineschreiben auch dementsprechend.“ Man muß diesem jungen Berufskameraden leider ein klägliches Zeugnis ausstellen: er kann alles und kann auch gar nichts. Wieviel Zeit hätte er während seiner Lehrzeit gehabt, Lehrgänge in Kurzschrift und Maschineschreiben mitzumachen, um wenigstens eine Leistung von 180 bis 200 Silben Kurzschrift in der Minute und flott Maschine zu schreiben, denn dann wäre er schon nicht mehr „allgemeiner Angestellter“, sondern eine leistungsfähige Kraft. Manche werden mir erwidern: „Ja, ich hatte keine Gelegenheit, die Lehrgänge mitmachen zu können.“ Ich sage solchen Berufskameraden: „Es hat nur an dem guten Willen gefehlt.“ Gerade für uns Jungkaufleute ist in unserer Berufsgemeinschaft innerhalb der Deutschen Angestelltenschaft genügend dafür gesorgt, diese Lehrgänge für wenig Geld mitmachen zu können. Wenn die Voraussetzungen für genügende Beherrschung der Kurzschrift und des Maschineschreibens vorhanden sind, so kann man auch eine entsprechende Stellung beanspruchen. Stellen solcher Art sind vorhanden und werden auch noch gut bezahlt. Man wird mir vorwerfen: „Ja, in dem Stenotypistenberuf kann man sich nicht genügend emporarbeiten.“ Antwort: „Es gibt gar keinen Stenotypistenberuf! Der stenographierende Kaufmannsgehilfe hat sich vielmehr über gute Leistungen in Kurzschrift und Maschineschreiben auf leitende Posten emporzuarbeiten!“ Man wird durch den Briefwechsel, den man diktiert bekommt, in die wichtigsten und manchmal vertrautesten Geheimnisse des Geschäfts eingeweiht. Man ist somit schon ein vertrauter und enger Mitarbeiter des Betriebsführers. Man kann, wenn man dann eine gewisse Altersgrenze erreicht hat, eine Stellung als Sekretär oder auch Privatsekretär beanspruchen. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings: gute Allgemeinbildung, gründliche Beherrschung der Kurzschrift (mindestens 200 bis 250 Silben in der Minute) und des Maschineschreibens. Wer das kann, wird bestimmt eine befriedigende Tätigkeit finden und dann seinen Mann im Leben stehen. Ihr werdet vielleicht sagen: „Ja, Du hast gut reden. Es ist aber alles doch nicht so, wie Du schreibst.“ Hierzu möchte ich bemerken, daß ich den hier geschilderten Weg selbst gegangen bin. Ich schreibe, ohne viel Aufhebens davon zu machen, 300 Silben und bin bis heute noch nicht erwerbslos geworden. Wünschen möchte ich, daß alle meine Berufskameraden von diesem Glauben beseelt sind, denn dann hätten meine Zeilen ihr Ziel erreicht. L. G., M.

Deutsch — kurz und klar!

Wörter wandeln ihren Sinn.

Die Sprache flutet. Ihre Kraft ebbt ab mit einem Siechtum des Volkes. Sie wächst mit dem Volk und seinem Schicksal. Entscheidende Ereignisse im Leben des Volkes finden ihr Spiegelbild in der Sprache. Wörter, Satzinhalte wandeln dabei ihren Sinn. Die Sprache wurde heute zum Mund der Mannschaft, zum Künder deutscher Wahrheit ohne Kompromiß. Wie kann solches Geschehen in die Formen der Sprachwissenschaft gepreßt und registriert werden? Nein, das geht nicht. Einige Beispiele dafür: Wenn uns einer sagt, „ehrbar“ hieße nicht: etwas, was geehrt werden kann, sondern: „bar“ bedeute ursprünglich „tragend“ (vgl. auch gebären), ehrbar heiße also: Ehre tragend, fruchtbar bedeutet: Frucht tragend —, so ist er sprachlich natürlich im Recht. „Bar“ als Endung wurde anfangs nur an Hauptwörter angehängt, erst später an Tätigkeitswörter; und dann erst entwickelt sich die Bedeutung des Möglichen: „unauffindbar“ ist jemand, wenn es nicht möglich ist, ihn aufzufinden. Der im Kaufmännischen übliche Ausdruck „zahlbar“ heißt also eigentlich: kann gezahlt werden, während man doch sagen will: muß gezahlt werden. Es heißt demnach besser nicht: der Betrag ist zahlbar, sondern: der Betrag ist zu zahlen. Sprachwissenschaftlich hat unser Leser also ohne Zweifel recht. Aber die lebendige Sprache richtet sich nicht nach der Wissenschaft. Diese wird notgedrungen immer nachhinken. Was im Sinne der Sprachwissenschaft grammatisch heute noch richtig ist, kann sehr wohl vom Leben schon längst nicht mehr anerkannt sein. Ein Beispiel dafür bietet die Unterscheidung von „als“ und „wie“. Wir alle kennen die Regel der Sprachlehre, daß nach einer Steigerungsform „als“ zu setzen ist: schöner als, größer als, besser als. Nun achten Sie bitte im Gespräch darauf, wieviele Leute diese Regel be-

folgen! Ich glaube, es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß (auch) von sehr gebildeten Leuten!) vielleicht 90 von 100 „wie“ noch einer Steigerung setzen! Dem Deutschlehrer mag das ein Greuel sein, der scharfe Denker mag bedauern, daß eine so feine Unterscheidungsmöglichkeit der Sprache nicht beachtet wird, er mag in Klagen darüber ausbrechen, daß „exaktes“ Denken immer seltener zu werden scheint, das Leben aber wird lächelnd über solche Schulmeistersorgen hinwegschreiten, und die Sprache wird sich unbekümmert um alle noch so fein ausgeklügelten Vorschriften weiter entwickeln und vielleicht anders, als wir es heute zu ahnen vermögen. Und das ist nicht nur gut, weil es ein Zeichen vom Leben ist, sondern es ist naturnotwendig: unsere Zeit kann ja unmöglich die Sprache der Vorkriegszeit sprechen, und wenn die alten Germanen noch so gute Deutschlehrer gehabt hätten, die Entwicklung der Sprache hätten sie doch nicht aufhalten können. Diese Entwicklung führt zwangsläufig dahin, daß wir heute wieder strengere, sittliche Maßstäbe an den Wortklang legen. „Ehrbar“ mag sprachlich einwandfrei bedeuten: „Ehre tragend“. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die zweite Bedeutung von „bar“ in Wörtern wie lesbar (kann gelesen werden) im Sinne einer nicht „unbedingten“ Notwendigkeit zurückwirkt auf die erste. So ist durchaus „denkbar“, daß wir heute das Wort „ehrbar“ als minderwertig gegenüber dem rücksichtslosen „ehrlich“ empfinden. Somit hat also die Sprache mit der Weltanschauung doch mehr zu tun als mit der Sprachwissenschaft. Es wird kein Fehler sein und entspricht durchaus unseren gewandelten Anschauungen von der Sitte, wenn wir in Zukunft die Wörter, die wir gebrauchen, schärfer ansehen auf ihre innere Bedeutung; wenn wir mehr als bisher alle Ausdrücke vermeiden, die auch nur die Möglichkeit bieten, als ob wir uns feige um eine Entscheidung herumdrücken wollten. In diesem Sinne werden überall, wo letzte Entscheidungen von uns verlangt werden, Wörter verschwinden müssen, die eine Halbheit in sich schließen könnten; es werden in solchen Fällen von selbst Ausdrücke wieder hervorgeholt oder neu geboren werden, die klar und unzweideutig sagen, was gesagt werden muß. Lange galt das Französische als die klarste Sprache. Es liegt nur an uns, die innere Klarheit, in die wir als ganzes Volk jetzt immer mehr hineinwachsen, auch nach außen hin zum Ausdruck zu bringen. Wenn deutsch sein klar sein heißt, dann wird deutsch reden auch klar reden sein. Das ist keine Aufgabe, die nur von einigen erlauchten Geistern oder von Lehrern zu lösen wäre, sondern diese Aufgabe ist jedem von uns in jedem Augenblick gestellt, ganz besonders aber dem Kaufmann, der trotz aller Bemühungen immer noch einen Wust von unklaren, weitschweifigen Redewendungen hinter sich her schleppt. Hier, im Kleinkampf des Alltags, deutsch, das heißt also klar zu sein, das ist auch ein Heroismus, nämlich der Arbeit.

H. J. H.

Beinahe wäre der Auftrag verloren gegangen.

Leider richtet der heilige Bürokratismus auch in Kaufmannsbetrieben viel Unheil an. Man geht nicht gern von feststehenden Einrichtungen ab, auch wenn die Starrköpfigkeit dem Betriebsführer Verluste bringt. Jüngst sollte ein Elektrowerk eine Zeichnung an ein technisches Büro senden, das das Schriftstück mit entsprechenden Eintragungen sofort an eine Pumpenfabrik weitergeben sollte. Die Sache war brandeilig, da von dem raschen Eingang des Schriftstückes — einer Angebotsunterlage — das Vergeben eines Auftrages für alle Teile abhing. Statt, daß man nun in diesem Sonderfall einen Boten mit der Beförderung beauftragte, wurde die Zeichnung mit der Post versandt. Unglückseligerweise blieb sie dort zwei Tage unterwegs und der Auftrag war höchst gefährdet. Schlußfolgerung: Man kann wichtige Dinge nicht wichtig genug nehmen! Die Post ist in hundert Fällen zuverlässig, und im hundertundeinsten kann sie versagen. Man verlasse sich deshalb in solchen Fällen auf niemanden als auf sich selbst!

Die Anschriften nach dem Wohnungswechsel.

Briefe, die ihren Empfänger verspätet oder gar nicht erreichen, sind die Ursache manches Geschäftsverlustes. Mir wurde vor nicht langer Zeit von einem Kunden der Umschlag eines Briefes eingesandt, der mit dem Vermerk „Empfänger unbekannt verzogen!“ zurückgekommen war. Beim Nachprüfen der Angelegenheit stellte sich heraus, daß der Geschäftsnachfolger die Tafel mit der neuen Anschrift entfernt hatte, und für den Postboten war der Empfänger dann einfach nicht mehr aufzufinden. Die Moral von der Geschicht': Man muß nach Umzügen alles tun, was eine Fehlleitung der Postsachen verhindern kann; Post, Lieferanten, Kunden und sonstigen Geschäftsfreunden die neue Anschrift mitteilen, am alten Wohnort Vermerke anbringen, diese öfter prüfen und die Geschäftsnachfolger mündlich und schriftlich um richtige Weiterleitung der Postsachen bitten! Sehr oft liegt die Schuld für Verzögerungen in der Postzustellung beim Absender. Selbst von Leuten, mit denen man täglich in Geschäftsverbindung steht, erhält man noch nach Jahren Briefe mit der alten Anschrift. Die Ursache davon ist die Verwendung veralteter Adreßbücher oder die Leute schreiben Briefe, ohne den letzten Vorgang als Unterlage zu benutzen. Dann werden die Adressen aus dem Gedächtnis oder nach alten Akten geschrieben, und schon ist die Fehlerquelle da. Also: Immer den neuesten Vorgang bei der Briefbeantwortung zur Hand nehmen!

Unser Ratgeber spricht.

Meine O.-Mappe.

Auf meinem Schreibtisch sehen Sie nicht viel stehen und liegen. Vor mir liegt nur die Schreibunterlage, rechts steht eine Schale mit Füllhalter, Tinten-, Blei- und Farbstiften, Kalender und Tagebuch, Notizzettel in einem Kästchen, links der Fernsprecher am schwenkbaren Arm und meine „O.-Mappe“. Von dieser Ordnungsmappe soll hier die Rede sein, denn sie ermöglicht es mir, den Schreibtisch immer leerzuhalten und doch in jedem Augenblick stets das Schriftstück und die Unterlage zu finden, die ich gerade brauche. Stöße ungeordneter Papiere gibt es auf meinem Schreibtisch nicht, weil ich mich daran gewöhnt habe, meine O.-Mappe richtig zu verwenden. Jedes Schriftstück, das im Augenblick nicht erledigt werden kann, jede Notiz, die eine Bearbeitung erfordert, wird sofort in diese Mappe gelegt und richtig eingeordnet. Die Mappe selbst wird täglich zweimal, früh und abends, rasch durchgesehen. Meine O.-Mappe besteht aus zwei festen Kartondeckeln 36×36 cm und enthält eine Anzahl starker Kartonblätter, die auf der rechten Seite mit einem Register versehen sind. Die Mappe enthält je ein Fach für: Aufträge I, Aufträge II, Aufträge III, Buchbinderei, Buchhaltung, Diktat, Direktion, Druckerei, Rechnungen, Rundschreiben, Unerledigtes und Sonstiges.

Mein Posten erfordert hohes Arbeitstempo, sehr vielseitige Tätigkeit, rasche Umstellung von einer Arbeit auf die andere. Da geht es nicht an, daß ich mich von jeder Anfrage, die schriftlich oder telephonisch kommt, von jedem Schriftstück, das auf meinen Schreibtisch flattert, in meiner Arbeit unterbrechen lasse. Für alles, was nicht unbedingt sofort erledigt werden muß, ist also die O.-Mappe da. Kein Tag vergeht, an dem ich nicht schriftlich Aufträge zu erteilen habe. Aber nicht immer komme ich gleich dazu, diese Aufträge auch in meine Kartei zu übertragen. Also lasse ich mir Kopien anfertigen, diese wandern in die O.-Mappe. Wenn ich beispielsweise acht Tage nicht zur Uebertragung komme, so finde ich doch jederzeit die Unterlagen des Auftrags in meiner Mappe. Um das Finden weiter zu erleichtern, habe ich die Unterteilung Aufträge I, II und III getroffen. Die Ziffern bedeuten folgendes: I = Aufträge auf Inserate und sonstige Reklame, II auf Papier und Karton, III auf Packungen, bedruckte Papiere und Sonstiges. Bestellungen, die aus den verschiedenen Abteilungen für die Buchbinderei oder Buchdruckerei einlaufen, kommen einstweilen in die betreffenden Fächer, um zur gegebenen Zeit durch ein Laufmädchen weitergegeben zu werden. Briefe, Notizen, Unterlagen für den heute zu erledigenden Briefwechsel finde ich unter „Diktat“ wieder. Kommt mein Mitarbeiter zum Diktat, so habe ich sofort alles bereitliegen, was zu diktieren ist. Rechnungen, die bei mir eingehen, liegen in der O.-Mappe wohlverwahrt, bis ich sie geprüft habe und zur Zahlung anweisen kann. Rundschreiben meiner Firma an unsere Kunden und an unsere Vertreter bewahre ich unter „Rundschreiben“ auf, bis ich Zeit habe, sie gründlich durchzuarbeiten, falls das nicht sofort nötig oder möglich ist. In dem Fach „unerledigt“ liegt alles, was ich heute nicht erledigen kann, zum Beispiel Briefe, auf die ich von auswärts Antwort erwarte. Briefwechsel, der erst gewisse Nachprüfungen erforderlich macht, Vornotizen für Tagebuch und Monats- oder Werkpläne. Unter „Sonstiges“ finde ich erledigte Notizen, die ich mir vier Wochen aufhebe, bevor ich sie vernichte, Abrechnungen, nicht eilige Sachen, über deren Erledigung ich noch nachzudenken habe und ähnliches.

Wenn früh die Tagespost kommt, wird diese auch gleich in meine O.-Mappe aufgeteilt. Drucksachen, soweit sie wertlos für mich sind wandern sofort in die Ablage. Briefe und Karten, die Beantwortung verlangen, lege ich nach Beschaffung nötiger Unterlagen unter „Diktat“ Schriftstücke, die eine Besprechung nötig machen, gehören unter „Direktion“. Rechnungen, die eine Differenz enthalten, lege ich unter „unerledigt“. Falls diese Differenz telephonisch geklärt werden kann und noch deshalb geschrieben werden muß, gehören sie unter „Diktat“. Der Wunsch unseres Vertreters nach Geschäftskarten harrt unter „Druckerei“ seiner Erledigung. Die Meldung aus dem Magazin, daß diese oder jene Packung zu Ende geht, gehört unter „unerledigt“ zur Nachprüfung. Der Bestellzettel der Druckerei auf 30 000 Bogen Kunstdruckpapier gehört unter „Diktat“, weil ich diese schriftlich bestellen muß. Die Disposition meines Direktors, daß in zwei Monaten in diesem oder jenem Bezirk bestimmte Werbemaßnahmen durchgeführt werden sollen, liegt in Form eines Notizzettels unter „Sonstiges“,

um von dort aus in den Monatsplan übertragen zu werden. Die Rubriken „Sonstiges“ und „Unerledigt“ erfordern insofern eine besondere Behandlung, als dort alles liegt, was unter eine andere Rubrik nicht paßt. Was dort liegt, wird zum Teil weiter bearbeitet und findet sich später wieder im Tagebuch, in Monats- und Werkplänen, in der Wiedervorlegemappe und in der Kartei. — Wenn man sich daran gewöhnt, die W.-Mappe täglich zweimal durchzusehen, kann man alle Unterlagen und Schriftstücke rein mechanisch darin einordnen, ohne sein Gedächtnis unnötig belasten zu müssen. Man wird dann niemals in die Verlegenheit kommen, Unterlagen nicht zu finden oder bestimmte Arbeiten nicht rechtzeitig durchzuführen. J. Sch. L.

Aus unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit

Wiederversetzungen in den Angestelltenstand. Zu den Maßnahmen, die von mehreren Großbetrieben Poln.-OS. getroffen wurden, um den durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik bis an den Ruin gebrachten Unternehmungen wieder auf die Beine zu helfen, gehörte neben den dauernden Entlassungen von Arbeitnehmern auch die Versetzung von Angestellten ins Arbeiterverhältnis. Zum näheren Verständnis führen wir an, daß die ins Arbeiterverhältnis versetzten Angestellten dieselben Arbeiten ausführen wie vorher, sodaß ihre Angestelltenversicherungspflicht auch weiterhin ganz eindeutig anerkannt wurde. Diese rückversetzten Angestellten dürfen bei den Angestelltenratswahlen aktiv und passiv von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sind zum Teil sogar durch den bestehenden Tarifvertrag für die Angestellten namentlich erfaßt. Trotzdem wurden sie jahrelang in ihren Bezügen empfindlich geschädigt, da sie nicht nach dem Angestellten-, sondern nach dem Arbeitertarif entlohnt wurden. Neben dem z. T. recht erheblichen Einkommensverlust mußten sie auf verschiedene Vergünstigungen, auf die jeder Angestellte ein verbrieftes Recht hat, verzichten.

In Anbetracht dieser Verhältnisse ist auf Betreiben der Angestelltenverbände bereits am 18. Juli 1928 ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses erfolgt, der ausdrücklich feststellt, daß die **angestelltenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer dem Angestelltentarif unterliegen.** Es sind aber in den letzten Jahren wiederholt Rückversetzungen von Angestellten ins Arbeiterverhältnis erfolgt, sodaß die Angestelltenverbände sehr oft gegen die Nichteinhaltung des Tarifvertrages einschreiten mußten.

Bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte J. G. sind derartige Rückversetzungen in größerer Anzahl vorgenommen worden. Trotz einwandfrei festgestellter Angestelltenversicherungspflicht und trotz des bestehenden Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses wollte man sich nicht dazu bequemen, diese Angestellten nach dem Angestelltentarifvertrag zu entlöhnen. Aufgrund von Interventionen der Angestelltenverbände sollen nun endlich diese Angestellten wieder in das Angestelltenverhältnis zurückgeführt werden. Allerdings will der betreffende Arbeitgeber die Aufnahme dieser Angestellten in das Angestelltenverhältnis nur davon abhängig machen, daß sie auf ihre bisherigen, durch untertarifliche Bezahlung entstandenen Forderungen verzichten. Die Angestellten lehnen selbstredend ein solches Ansinnen mit aller Entschiedenheit ab, da die Arbeitgeber die Pflicht hatten, die Bestimmungen des Tarifvertrages zu beachten. Unsere Berufskameraden wollen sich jedenfalls, bevor sie eine Erklärung unterschreiben, mit der Geschäftsstelle ins Benehmen setzen.

Einkommenslage in der weiterverarbeitenden Metallindustrie. Es ist unseren Berufskameraden bekannt, daß wir uns in diesem Gewerbe seit längerer Zeit für den Abschluß eines neuen Gehaltstarifs einsetzen. Unseren Betriebsvertrauensleuten haben wir ja bereits laufend über diesen Streit berichtet.

Am 16. vor. Mts. fällte nun der Schlichtungsausschuß in Kattowitz nach 4-stündiger Beratung folgenden Schiedsspruch.

1. Die Gehälter der kaufmännischen Angestellten in den Gruppen II, III, IV und V (Anfangs-, Endgehälter und Steigerungssätze) werden mit Wirkung vom 1. 10. d. Js. um 6 % gekürzt. Desgleichen auch die Gehälter der technischen Angestellten in Büros in den Gruppen I, II, III und IV und die technischen Angestellten in den Betrieben in den Gruppen II, III und IV.

2. Die Gehälter für die kaufmännischen Angestellten in Gruppe I, die Gehälter der technischen Büroangestellten in Gruppe V und die Gehälter der technischen Angestellten im Betriebe in den Gruppen I und V werden mit Wirkung vom 1. 10. d. Js. einschl. Anfangs-, Endgehälter und Steigerungssätze um 7 % gekürzt.

3. Das Hausstands- und Kindergeld erfährt ebenfalls eine Herabsetzung von 6 % ab 1. 10. d. Js.

4. Die Gehaltssätze für die Lehrlinge im 1. bis zum 3. Lehrjahr bleiben unverängert bestehen.

Die Gehaltssätze für Angestellte in Übergangsjahren werden ab 1. 10. d. Js. wie folgt festgesetzt:

nach beendigtem 17. Lebensjahre 105,— zl.
„ „ 18. „ 120,— „
„ „ 19. „ 140,— „
„ „ 20. „ 155,— „

Die neuen Gehaltsvereinbarungen gelten vom 1. 10. d. Js. bis zum 31. 3. 1935. Erfolgt innerhalb von 2 Monaten vor Ablauf dieser Vereinbarung keine Kündigung, dann wird dieses durch den Schiedsspruch getätigte Abkommen automatisch um weitere 3 Monate bei monatlicher Kündigung verlängert.

Wir haben diesen Schiedsspruch abgelehnt. Der Arbeitgeberverband dagegen nahm den Spruch des Schlichtungsausschusses an und beantragte die Verbindlichkeitserklärung beim Minister für soziale Fürsorge in Warschau. Bis zur Stunde ist die Angelegenheit noch nicht erledigt. Wir berichten noch zur gegebenen Zeit.

Einkommenslage im Groß- und Kleinhandel. Wir geben bekannt, daß wir im Laufe des Monats Oktober d. J. ein neues Gehaltsabkommen nicht abschließen konnten. Verhandlungen dauern noch an. Solange wir neue Einkommensbedingungen nicht vereinbart haben, gelten die bisherigen. Wir bitten unsere Berufskameraden, die im Groß- und Kleinhandel beschäftigt sind, uns jede untarifliche Bezahlung zu melden.

Wir werden im Laufe des Monats November d. J. sicherlich eine neue Tarifordnung mit den Verbänden der selbständigen Kaufleuten abschließen können.

Aus der Tätigkeit unserer Ortsgruppen.

Weltwirtschaftsfragen. In der Zeit vom 23.—26. 10. d. Js. sprach Bezirksbildungsobmann Richtsteig über obiges Thema in unseren Ortsgruppen Schwientochlowitz, Ruda, Friedenshütte und beim Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband, Bielitz. Die Versammlungsräume waren bis auf den letzten Platz gefüllt, ein Beweis dafür, daß ein überaus reges Interesse für diese Fragen besteht. Der Sprecher zeigte die Entstehung sogenannter „Autarker Wirtschaften“, die während des Weltkrieges aus der Not der Zeit geboren wurden. Die Friedensverträge, die den Krieg beendeten und damit auch wieder geordnete Wirtschaftsbeziehungen hätten schaffen müssen, wurden durch den Irrsinn der Reparationen und durch die Schaffung neuer, zum größten Teil lebensunfähiger Kleinstaaten die „Verewiger des Wirtschaftskrieges“. Die Zollgrenzen, die schon in der Vorkriegszeit den Welthandel hemmten, wurden ins Fantastische vermehrt. Dazu kam das Bestreben der Siegerstaaten und ihrer Verbündeten, ihre autarken Wirtschaften unter allen Umständen durch Einfuhrverbote, Hochschutzzölle, Verlustexporte lebensfähig zu erhalten, um wehrpolitisch unabhängig zu sein. Unter diesen Umständen mußte der Welthandel zum Erliegen kommen. England schuf auf der Konferenz von Ottawa einen Wirtschaftsgroßraum, in der es seine Kolonien und das Mutterland als gleichberechtigte Wirtschaftspartner einbezog, die durch Austausch ihrer Produkte und Fertigwaren ein Wirtschaftsreich für sich bilden. Aehnlich günstige Vorbedingungen kommen der Nordamerikanischen Union zu gute, die unter Einschluß von Mittel- und des größten Teiles der südamerikanischen Staaten wieder einen in sich abgeschlossenen Wirtschaftsraum darstellt. Dasselbe gilt von Frankreich, das mit seinen afrikanischen und Ueberseе-Kolonien einen Wirtschaftskörper bildet. Rußland, das über ungeheure Bodenschätze verfügt, wird nach Ablauf des 2-ten 5-Jahresplanes einen gewaltigen autarken Wirtschaftskörper bilden. Dort ist diese Entwicklung nur eine Frage der Technik, der Organisation und der Schulung der Arbeiter. Mittel- und Südosteuropa sind trotz aller Ententen und Konferenzen noch immer nicht zum Wirtschaftsfrieden gelangt. Hier geben Abkommen zwischen Ländern verschiedener Wirtschaftsstruktur, wie beispielsweise zwischen Deutschland und Polen, die Hoffnung, daß über kurz

Wir geben bekannt

daß unser Jugendheim auf der Geschäftsstelle in Kattowitz von jetzt ab täglich während der Geschäftsstunden unseren stellungslosen Berufskameraden zur Verfügung steht. Es werden täglich 6 Tageszeitungen und eine Reihe periodisch erscheinender Zeitschriften ausgelegt. Zur Unterhaltung werden noch einige Brettspiele bereitgestellt. Wir erwarten einen guten Besuch unseres Heims.

---

oder lang doch die Vernunft über das Gefühl siegen und gesunden Wirtschaftsanschauungen Platz machen wird. Der einzige Gewinner des Krieges ist Japan, das in aller Stille schon während des Krieges den Wirtschaftsraum des fernen Osten mit seinen Waren erobert und England und Amerika fast verdrängt hat. Die Erweiterung seiner Interessensphäre geht zielbewußt weiter ohne Rücksicht auf Völkerbund und sonstige Abkommen, und entwickelt sich zu „der" Weltmacht des fernen Ostens, die als wichtigster Faktor in den Wirtschaftsfragen Amerikas und Englands im fernen Osten nicht übersehen werden darf.

Anhand einer Weltwirtschaftskarte wurden die einzelnen Großwirtschaftsräume in der Welt aufgezeigt.

Unsere Berufskameraden sind dem Vortragenden für diese aufklärenden Ausführungen sehr dankbar gewesen.

Mitteilungen

Beitragsbestimmungen für alle Mitglieder!

Wir bringen unseren Berufskameraden die ab 1. April d. Js. geltenden Satzungsbestimmungen in Erinnerung und geben erneut bekannt:

Beitragsbestimmungen.

Der Monatsbeitrag beträgt ab 1. April 1934:

Einkommensstufe:	Monatsbeitrag:
Lehrlinge	0,50 zl.
Ausgesteuerte Erwerbslose	0,50 „
a) bis 100,— zl.	1,50 „
b) 101,— bis 200,— „	2,50 „
c) 201,— bis 300,— „	4,— „
d) 301,— bis 400,— „	5,50 „
e) 401,— bis 600,— „	8,— „
f) 601,— bis 800,— „	10,— „
g) über 800,— „	12,— „

Mitglieder mit drei oder mehr Kindern erhalten auf Antrag gegen Vorlage einer amtlichen Bescheinigung eine Ermäßigung des Beitrages von je 10 v. H. für das dritte und folgende Kind.

Der Mindestbeitrag beträgt 1,50 zl.

Der Beitrag ist am 1. des laufenden Monats fällig. Für Beiträge, die nach dem 25. des Fälligkeitsmonats gezahlt werden, sind 10 v. H. Verzugsgebühren zu entrichten, aufgerundet auf 0,10 zl., höchstens jedoch 0,50 zl. je Monatsbeitrag.

Beiträge der stellenlosen Mitglieder:

Von nicht ausgesteuerten stellenlosen Mitgliedern ist der Beitrag zu erheben, der den Einnahmen aus den Unterstützungen der Arbeitslosenversicherung, unserer Stellenlosenkasse und etwaigem Nebenerwerb entspricht.

Der Nachweis über die Einkommenshöhe ist durch eine Gehaltsquittung, die Angestelltenversicherungskarte oder durch irgendeine andere Einkommensbescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen.

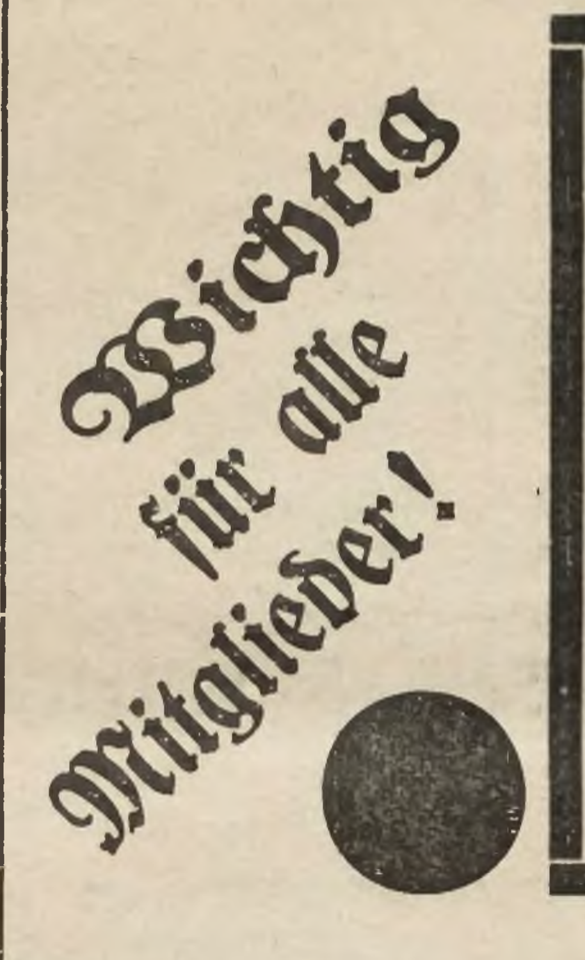
Voraussetzung für die Gewährung aller Leistungen unserer Verbände ist die pünktliche Zahlung des dem Einkommen entsprechenden Beitragssatzes. Jeder überprüfe daher die Zahlung seines Beitrages aufgrund des Einkommens und unserer Mitteilungen.

Beiträge für Ruhegehaltsempfänger:

Aufgrund eines Beschlusses unseres Hauptvorstandes tritt ab 1. Oktober 1934 folgende Beitragsregelung in Kraft:

Unsere Mitglieder, die Pensionen oder andere Beihilfen von ihren früheren Arbeitgebern beziehen, sowie Alters- oder Invalidenrente von der Sozialversicherung (Angestellten-, Unfall-, Knappschafts- und Invalidenversicherung) erhalten, zahlen ebenfalls den ihrem jetzigen Einkommen entsprechenden Beitrag. Sie werden in die betreffende Einkommensgruppe eingereiht, zahlen dann aber den Beitrag in einer niedrigen Beitragsstufe.

Bk. M. erhält 100 zl. von seinem Arbeitgeber und 140 zl. an Invalidenrente aus der Sozialversicherung. Er zahlt also nicht einen Beitrag von 4.— zl., sondern einen Beitrag von 2.50 zl., d. i. eine Einkommenstufe tiefer.



Die Vorauszahlung des Beitrages allmonatlich ist in unserer Zeit Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes. Außerdem muß der dem Bruttoeinkommen entsprechende Beitrag gezahlt werden. Unpünktliche und nicht dem Einkommen entsprechende Zahlung der Beiträge bringt den Verlust der Leistungen mit sich. Lieber Berufskamerad, erleichtern Sie uns und den ehrenamtlichen Mitarbeitern die Arbeit durch genaue Befolgung der Beitragsbestimmungen. Jeder zahle pünktlich. Beitragsrückstände dürfen nicht vorhanden sein! Ersparen Sie uns bitte Zeit und Geld.

Persönliches

Prokura wurde erteilt dem Bk. **Walter Strohmeier** bei der Dresdner Bank, Filiale Kattowitz. Wir übermitteln unserem wackeren Mitarbeiter auf diesem Posten die herzlichsten Glückwünsche.

Unsere Ortsgruppe Kattowitz schließt sich den Wünschen gern an.

Seinen 50. Geburtstag beging im Oktober unser Bk. **Wilhelm Pietrek**, Ortsgruppe Königshütte. Wir beglückwünschen unseren Mitarbeiter zu diesem Ehrentage und freuen uns darüber, daß er auch als Stellenloser unserer Gemeinschaft treu bleibt.

Die Ortsgruppe Königshütte gratuliert ebenfalls recht herzlich.

Veranstaltungs-Anzeiger

Ortsgruppen:

Kattowitz.

Dienstag 6. Novbr. abends 8 Uhr im „Christl. Hospiz" Mitgliederversammlung. Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen. Anschließend Vortrag des Bk. Märtin über „Die deutsche Saar." Feierabendstunde: Werner Beumelburg.

Alle anderen Veranstaltungen der Ortsgruppe werden noch besonders bekanntgegeben.

Dienstag 13. Nov. abend 8 Uhr im Vereinszimmer des Christlichen Hospiz führen wir eine Frauenveranstaltung durch. Herr Dr. med. **Reichel** spricht in einem Lichtbildervortrag über:

„Krankheitserreger, Krankheitsübertragung und Verhütung."

Wir bitten unsere Berufskameraden, ihre Frauen und auch die Angehörigen auf diesen Vortrag hinzuweisen. Auch eingeführte Gäste sind eingeladen. Gerade dieses Thema, behandelt von einem Arzt, müßte jede Hausfrau interessieren.

Königshütte.

Mittwoch 14. Novbr. abends 8 Uhr im Hotel „Graf Reden" Mitgliederversammlung. Besprechung verschiedener Einzelfragen. Ueberblick über die Lehrgänge.

Anschließend Vortrag eines Berufskameraden der Ortsgruppe über „Das deutsche Schrifttum."

Freitag 23. Novbr. abends 8 Uhr Vortragsabend mit Lichtbildern für Mitglieder und Angehörige über „Oberschlesien" Landschaft, Kultur und Sprache.

Nähere Einladungen ergehen noch. Ferner führt die Ortsgruppe in diesem Monat die Besichtigung eines Kraftwerkes durch. Auch hier werden noch Einzelheiten mitgeteilt.

Freitag 23. Novbr. nachmittags 3,30 Uhr im Hotel Graf Graf Reden Märchennachmittag für unsere Kleinen.

Wir verweisen noch auf die Uebungsabende unseres Männerchors, der jeden Dienstag abends 8 Uhr im Hotel „Graf Reden" zusammenkommt. Freunde des deutschen Gesanges und der deutschen Volkslieder werden jederzeit in unseren Chor aufgenommen.

Die Musikgilde, Schachgilde und die dem deutschen Turnverein angeschlossene Turnergilde hält ebenfalls allwöchentlich ihre Zusammenkünfte ab.

Auch in diesen Gemeinschaften sind uns jederzeit neue Mitarbeiter willkommen.

Friedenshütte.

Sonntag 18. Novbr. vormittags 10 Uhr Mitgliederversammlung in Antonienhütte bei Grunday (Holona). Besprechung verschiedener Einzelfragen. Anschließend Vortrag des Bk. Koruschowitz über „Das neue Handelsgesetzbuch und das Recht der Schuldverhältnisse." Alle übrigen Veranstaltungen werden unseren Mitgliedern noch bekanntgegeben.

Schwientochlowitz.

Montag 19. Novbr. abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Neiwert. Besprechung von Einzelfragen. Anschließend Vortrag des Bk. Koruschowitz über „Rohstoffe der Weltwirtschaft." Feierabendstunde Vorlesungen: Gänsehaut und Zähneklappern.

Außerdem findet diesen Monat die Besichtigung des Druckereibetriebes des „Oberschl. Kurier" statt.

Bismarckhütte.

Donnerstag 8. Novbr. Mitgliederversammlung mit Angehörigen und der Jugendgruppe. Besprechung von Einzelfragen. Anschließend Vortrag mit Lichtbildern „Fremdenlegion." Die Musikergilde trägt zur Ausgestaltung bei. Das Tagungslokal wird noch besonders bekanntgegeben.

Donnerstag 15. Novbr. abends 8 Uhr Berufsabend „Warenkunde" im katholischen Vereinshaus.

Donnerstag 22. Novbr. abends 8 Uhr Heimabend „Deutsche Siedlungen in Polen."

Donnerstag 29. Novbr abends 8 Uhr Heimabend. Vortrag des Bk. Siele: „Schlesische Handelswege im Mittelalter."

Ruda.

Donnerstag 15 Novbr. abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Banik. Erledigung von Einzelfragen. Vortrag des Bk. Koruschowitz: „Das Deutschtum im Auslande."

Tarnowitz.

Dienstag 6. Novbr. abends 8 Uhr Berufsabend unserer Mitglieder. Vortrag des Bk. Maniurka über: „Wechsel."

Dienstag 27. Novbr. abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Deutschen Privatgymnasium. Besprechung von verschiedenen Tagesfragen. Anschließend Vortrag des Bk. Märtin über: „Auf Fahrt durch Polen" mit Lichtbildern.

Ferner haben die Arbeitsgemeinschaften Verkaufen und Organisation im Einzelhandel ihre Arbeit schon aufgenommen. Außerdem finden regelmäßig die Kursusabende für Deutsch, Polnisch und Kurzschrift statt. Es können sich heute noch Teilnehmer zu diesen Veranstaltungen melden.

Lipine

Sonntag 18. Novbr. vormittags 10 Uhr Mitgliederversammlung bei Machon. Anschließend Hermann Löns-Stunde. Außerdem eine Stunde für Allgemein- und Berufsbildung. Diese Veranstaltung wird von den Mitgliedern unserer Ortsgruppe ausgestaltet.

Schoppinitz.

Donnerstag 22. Novbr. Mitgliederversammlung bei Kozlik um 7,30 Uhr abends. Besprechung von verschiedenen Tagesfragen. Anschließend Vortrag über: „Die deutsche Saar." Bk. Märtin.

Deutscher Handels- u. Industrieangestellten-Verband Bielitz.

Freitag 23. Novbr. abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Schülerheim Nordmarck. Bk. Märtin spricht über: „Stätten deutscher Kultur" Danzig, Marienburg und Masuren.

Die Veranstaltungen der Ortsgruppe Tichau und Mittel-Lazisk werden noch bekanntgegeben.

Wir verweisen am Schluß unseres Veranstaltungsanzeigers nochmals auf alle Lehrgänge und Arbeitsgemeinschaften.

Wir ersuchen dringend alle unsere Berufskameraden jede Gelegenheit zur beruflichen Fortbildung zu benutzen.



Entscheidend für Beruf und Leben ist Deine Berufsbildung! Dein Berufsverband gibt sie Dir in örtlichen Lehrgängen u. Arbeitsgemeinschaften.

Der Tag der Entscheidung ist da!

Der einzige Berufsverband der deutschen Kaufmannsgehilfen ist der DHV. Das verpflichtet alle DH-Ver zum vollen Einsatz für ihren Verband. Auch der letzte Unorganisierte und in einem falschen Verband stehende im Betriebe muß davon überzeugt werden, daß es jetzt nur eins gibt:

Hinein in den DHV!

Für die Redaktion verantwortl. Leo Koruschowitz, Katowice, ul św. Jana 10
Geschäftsführung Katowice, ul. św. Jana 10 III. — Telefon 34191
P. K. O. 301845.
Druck: Kurier Sp. z o. p. Katowice.